



Bad Schwalbach, den 13.02.2017

Niederschrift

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	6/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 7. Februar 2017
Sitzungsbeginn	15:15 Uhr
Sitzungsende	20:30 Uhr
Ort	Großer Saal des Kurhauses Bad Schwalbach

Teilnehmer:

Kreistagsvorsitzender

Herr Klaus-Peter Willsch MdB

CDU Fraktion

Herr Staatsminister Peter Beuth

Herr Ali Emamalizadeh

Herr Günter Heckel

Herr Jürgen Helbing

Herr Christian Herfurth

Herr Staatssekretär Werner Koch

Herr Jan Kraus

Frau Andrea Kremer

Herr Lothar Metternich

Herr Volker Mosler

Frau Petra Müller-Klepper MdL

Herr Joachim Reimann

Frau Dr. Alexia Schadow

Herr Udo Scheliga

Herr André Stolz

Herr Paul Weimann

Frau Roubina Wendel

Herr Thomas Zarda

Herr Sandro Zehner

SPD Fraktion

Herr Daniel Bauer

Frau Helga Becker

Herr Sebastian Busch

Herr Maximilian Faust

Herr Matthias Hannes

Frau Christel Hoffmann

Herr Georg A. Mahr
Frau Wendy Penk
Frau Tanja Pfenning
Herr Martin Rabanus MdB
Herr Harald Schmelzeisen
Herr Carsten Sinß
Herr Winfried Steinmacher
Herr Marius Weiß MdL
Herr Thomas Wieczorek

AfD-Fraktion

Herr Martin Bauer
Herr Ulrich Fachinger
Herr Matthias Finck
Herr Viktor Flor
Herr Klaus Gagel
Herr Christian Kessner

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

Frau Miriam Deppe
Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker
Herr Walter Lieber
Frau Ingrid Reichbauer
Frau Annette Reineke-Westphal
Herr Klaus Stolpp

FDP Fraktion

Herr Roland Hoffmann
Frau Anna-Maria Linke-Diefenbach
Herr Alexander Müller
Herr Stefan Müller

FWG Fraktion

Herr Michael Barth bis 18.05 Uhr
Herr Hans-Josef Becker
Herr Karl-Wilhelm Höhn
Frau Inga Rossow

Fraktion Die LINKE

Herr Gunter Pfeil
Herr Benno Pörtner

fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Klein

Kreisausschuss

Herr Burkhard Albers Landrat
Herr Alexander Bernstorff
Herr Alexander Cornelius
Herr Günter F. Döring
Herr Dr. Herbert Koch
Herr Dr. Clemens Mödden
Frau Dorothee Nabrotzky

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann
Herr Karl Ottes
Herr Hans-Joachim Pirschle
Herr Günter Retzmann
Herr Hans Rodius
Herr Thomas Schnell
Herr Rainer Scholl

entschuldigt

Herr Günter Linke
Herr Karl Mayer
Frau Monika Merkert
Frau Sabine Muth
Herr Roland Piper

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann
Frau Astrid Deicke-Schäfer
Herr Horst-Dieter Kuhn
Herr Franco Matera
Frau Rebecca Sämman
Herr Jürgen Schwalbach
Herr Dr. Christoph Zehler

Schriftführer

Herr Harald Rubel

KTV Willsch eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses mit Landrat Albers an der Spitze. KTV Willsch stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

KTV Willsch ruft die Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2016 zur Genehmigung auf. Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

KTV Willsch gratuliert dem anwesenden Bürgermeister der Stadt Geisenheim, Herrn Frank Kilian, zu seiner Wahl zum neuen Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises und bietet eine konstruktive Zusammenarbeit an. KTV Willsch dankt den Mitbewerbern, Herrn Andreas Monz und Herrn Benno Pörtner, für Ihre Bereitschaft zur Kandidatur.

KTV Willsch informiert darüber, dass er künftig einmal im Quartal eine Sprechstunde des Kreistagsvorsitzenden anbieten werde. Die erste Sprechstunde finde statt am Freitag, den 10.02.2017.

Zur Tagesordnung:

- KTV Willsch erläutert, dass gemäß den Empfehlungen der Fachausschüsse und des Ältestenrates die TOP III. 5 und III. 6 in der Fassung der Ausschussberatung in die Tagesordnung II überstellt werden. Vertagt werden zunächst die TOP II. 1, III. 13 (bis zur Sommerpause 2018) und III. 15. Zurückgezogen ist die Vorlage zu TOP III. 2.

Im Verlauf der weiteren Sitzung werden nach fortgeschrittenem Sitzungsverlauf ebenfalls die TOP III. 7, III. 9, III. 10, III. 11, III. 12, III. 14 und III. 17 vertagt.

Die Vorlage zu TOP II. 6 wird auf Antrag in die Tagesordnung III. überstellt. Die TOP III. 8 und III. 16 werden mit TOP III. 1 beraten.

Ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, FWG, FDP und LINKEN (**Anlage 1 der Niederschrift**) wird von der Abg. Rossow (FWG) begründet. Gegen die Dringlichkeit wird nicht gesprochen. Es besteht Einvernehmen, den Antrag über die Tagesordnung II zu beschließen.

Zur so geänderten Tagesordnung stellt KTV Willsch Einvernehmen fest.

KTV Willsch berichtet von der vorgelagerten Sitzung des Ältestenrates im Zusammenhang mit dem Verfahren zur Haushaltsberatung.

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

TOPI.	DS	Tagesordnung I
TOPI. 1	DS	Fragestunde

Landrat Albers beantwortet die Kleine Anfrage Nr. 01/17 der CDU-Fraktion (**Anlage 1 der Niederschrift**).

TOPI. 2	DS	Bericht des Landrates
---------	----	-----------------------

Landrat Albers berichtet zu folgenden Themen:

- Neue Schulleitungen an der Rheingauschule Geisenheim und der Waldbachschule in Hattenheim
- Sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlingsunterkunft „ehemalige Tannenwaldklinik“
- Änderung des Gesellschaftervertrages EDZ
- Regelung zur Verwertung von Straßenausbaustoffen mit teer- und pechhaltigen Bestandteilen in Kreisstraßen

TOP II.	DS	Tagesordnung II
----------------	-----------	------------------------

KTV Willisch ruft die Tagesordnung II zur Abstimmung auf, inklusive des neuen Dringlichkeitsantrages und der überstellten TOP. Die Vorlagen werden einstimmig beschlossen.

TOP II. 2	DS X/234	Kreditneuaufnahme in Höhe von 4,0 Mio. € (aus Kreditermächtigung 2015)
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 3	DS X/240	Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss)
------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Nach erneuter Überprüfung des potentiellen Konsolidierungskreises für den Rheingau-Taunus-Kreis durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde die nachrangige Bedeutung der betroffenen Aufgabenträger gemäß §112 Abs. 5 Satz 4 HGO in Verbindung mit § 53 GemHVO und den dazu erlassenen Hinweisen vom 22.01.2013 des HMdLuS festgestellt. Daher wird auch 2016 auf die Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss) verzichtet.

Die nachrangige Bedeutung ist jährlich anhand der erlassenen Hinweise zu § 53 GemHVO zu überprüfen.

TOP II. 4	DS X/245	Sozialwohnungen im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Berichts Antrag Nr. 14/16 der AfD-Fraktion vom 09.12.2016
------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Kreisverwaltung soll Auskunft darüber geben,

1. Wie viele Anspruchsberechtigte auf eine Sozialwohnung im Rheingau-Taunus-Kreis, die dort keine finden können, gibt es gegenwärtig ?
2. In welchen Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises besteht ein Bedarf an weiteren Sozialwohnungen ?
3. Lässt sich der künftige Bedarf prognostizieren ?
4. Wie schlüsselt sich der Bedarf für die Schaffung von Sozialwohnungen nach den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen Rentner, Alleinerziehende, Familien mit Kindern, Flüchtlinge auf ?
5. In welchem Umfang ist die KWB in der Lage, weitere Sozialwohnungen zu schaffen ?
6. Wie hoch wären die vom Rheingau-Taunus-Kreis einzusetzenden Mittel für den Bau bzw. die Förderung einer Sozialwohnung (ggf. differenziert nach Wohnungsgrößen) ?
7. Falls diese Zahlen vorliegen: Welche Mittel haben die 17 Gemeinden des RTK`s vom Hessischen Ministerium für Wohnungsbau in den letzten 5 Jahren erhalten? Wie viel Wohngeld haben die 17 Gemeinden an Berechtigte ausbezahlt ?

TOP II. 5	DS X/251	Kontrolle der Beschlüsse des Kreistages; Fortschreibung der Beschlusskontrolle ab dem 06.10.2015 bis 11.07.2016
------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der von der Verwaltung vorgelegte Bericht zur Kontrolle der Beschlüsse des Kreistages wird zur Kenntnis genommen.

TOP II. 7	DS X/272	Übergang Schule – Beruf/Weiterbildung; hier: Berichtsantrag Nr. 01/17 der SPD-Fraktion vom 09.01.2017, eingegangen am 11.01.2017
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen eine dauerhafte personelle Absicherung von Qualifizierungsmaßnahmen, Kompetenzfeststellungen, Beratungen und der Weiterbildung im Bereich des Übergangs Schule – Beruf sowie der Koordination von hierzu bestehenden Angeboten im Kreis möglich ist.

Hauptziele der personellen Absicherung sollen hierbei sein:

- Unterstützung bei der schulischen Berufsorientierung
- Feststellung vorhandener Kompetenzen, insbesondere bei Zugewanderten und Frauen
- Die Vermittlung in betriebliche Ausbildung und die Erhöhung der entsprechenden Vermittlungsquote
- Akquise von neuen Ausbildungsplätzen

Zu prüfen ist insbesondere, ob und in welcher Höhe Unterstützung durch Programme und Förderungen wie bspw.

- die Landesstrategie OloV – „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf – Studium“
- das Programm QAB – „Qualifizierung für Arbeitslose ohne Berufsabschluss zu einem anerkannten Berufsabschluss“
- das Landesförderprogramm „gut ausbilden“

sowie durch weitere (Förder-)Programme möglich ist.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Jugend, Bildung und Soziales zur weiteren Beratung vorzulegen.

TOP III. 5	DS X/256	Aufgabe des Schulstandortes der ehemaligen Rabanus-Maurus-Schule in Oestrich-Winkel und Veräußerung des betreffenden Grundstückes; Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Oestrich-Winkel
-------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der ehemalige Schulstandort der Rabanus-Maurus-Schule in Oestrich-Winkel wird aufgegeben. Das Entwidmungsverfahren gemäß § 158 (3) Hessisches Schulgesetz ist durchzuführen.

Das Grundstück nebst Gebäuden wird wie es steht und liegt an den/die von der Stadt Oestrich-Winkel benannten Investor/en zum gutachterlichen Wert veräußert.

Der Verkaufserlös wird zwischen Stadt Oestrich-Winkel und dem Rheingau-Taunus-Kreis hälftig geteilt.

Dem beigefügten Entwurf einer entsprechenden Vereinbarung zwischen Stadt und Kreis wird zugestimmt.

TOP III. 6	DS X/260	Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter beim Sozialgericht Wiesbaden, Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes, Vorschlagsliste 2017
-------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

In die Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die Kammern in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes beim Sozialgericht Wiesbaden werden aufgenommen:

1. Frau Gabriele Psenicka
2. Herr Günter Döring

TOP NEU	DS X/286	Vorstellung der Konzeptionen City-Bahn Bad Schwalbach - Wiesbaden - Mainz und Aartalbahnkonzepion- Aartalbahn als Motor der Regionalentwicklung; hier: Berichts Antrag Nr. 02/17 der Fraktionen von CDU, SPD, AfD, FWG, FDP und LINKEN vom 07.02.2017
----------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, bis zur nächsten Kreistagssitzung am 14. März 2017 zu berichten, wie die beiden oben genannten Konzepte mit ihren unterschiedlichen Vorgaben und Zielsetzungen gemeinsam weiter verfolgt und umgesetzt werden können.

Bis zur Vorlage des Berichtes wird der Beschluss zur Aartalkonzeption, Punkt 5, vom 6. Dezember 2016 nur in dem Punkt weiter verfolgt, dass mit den anliegenden kreisangehörigen Kommunen Verhandlungen hinsichtlich deren finanzieller Beteiligung an dem Kauf der Aartalstrecke zu führen sind.

TOP III.	DS	Tagesordnung III
TOP III. 1	DS X/264	Beschlussfassung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

KTV Willsch erinnert an die in der Geschäftsordnung festgelegten Redezeiten zum Haushalt.

Zu den Beratungen liegen folgende Unterlagen und Anträge vor, die hier in der Reihenfolge ihres Aufrufs dokumentiert sind:

- **Antrag GRÜNE, KEE** **Anlage 3**
- **Antrag AfD, Naturpark** **Anlage 4**
- **Antrag SPD, Hallennutzungsgebühren** **Anlage 5**
- **Antrag SPD, Energieeinsparung an Schulen** **Anlage 6**
- **Antrag Grüne, Masterplan Energie** **Anlage 7**
- **Antrag Grüne, Forum Erneuerbare Energien** **Anlage 8**
- **Antrag Grüne, Klimaschutzmanager/in** **Anlage 9**
- **Antrag Grüne, Bündnis für Familien** **Anlage 10**
- **Antrag Grüne, Tagesmütter** **Anlage 11**
- **Antrag LINKE, 1 – 4** **Anlage 12**
- **Antrag FDP, Rheinbrücke** **Anlage 13**
- **Antrag FDP, HH, S. 418, Pos. 15 und 20** **Anlage 14**
- **Antrag FDP, Wirtschaftsförderung** **Anlage 15**
- **Antrag SPD, Stelle f. Sozialplanung** **Anlage 16**

- **Antrag SPD, EDV-Ausstattung** **Anlage 17**
- **Antrag FDP, Schulträgeraufgaben** **Anlage 18**
- **Antrag FDP, Vorbericht Kassenkredite** **Anlage 19**
- **Antrag FDP, Aartalbahn, 1 + 2** **Anlage 20**
- **Antrag FWG, Berichts Antrag zum HH** **Anlage 21**
- **Antrag FWG, Streichung Stelle 1. KB** **Anlage 22**
- **Antrag CDU, 1 – 4** **Anlage 23**
- **Änderungsliste, Stand HFA am 03.02.2017** **Anlage 24**

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Zehner (CDU) mit Bericht aus dem HFA, Stolz (CDU) und Mahr (SPD).

Zur Geschäftsordnung beantragt der Abg. Stolz (CDU) die Einberufung des Ältestenrates. KTV Willsch unterbricht die Sitzung von 16.00 bis 16.15 Uhr. KTV Willsch eröffnet die Sitzung erneut und gibt dem Abg. Mahr (SPD) die Gelegenheit für eine Erklärung.

Die Beratung wird fortgesetzt durch Beiträge von Landrat Albers und den Abg. Reichbauer (GRÜNE), Gagel (AfD), KTV Willsch, der feststellt, dass die Abg. Reichbauer (GRÜNE) den Sitzungsraum verlassen hat, Müller, St. (FDP) und Metternich (CDU), der zur Geschäftsordnung beantragt, erneut den Ältestenrat einzuberufen. Abg. Mahr (SPD) spricht formal gegen den Antrag.

KTV Willsch unterbricht die Sitzung und beruft den Ältestenrat um 17.05 Uhr ein. Um 17.20 Uhr eröffnet KTV Willsch erneut die Sitzung und berichtet aus dem Ältestenrat. Demgemäß wird vor der weiteren Beratung zunächst über den Antrag der GRÜNEN (**Anlage 3 der Niederschrift**) abgestimmt. Dieser wird bei

22 JA-Stimmen und
31 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Barth (FWG), Zarda (CDU), Zehner (CDU), Landrat Albers, Pörtner (LINKE), Weiß (SPD), Hoffmann (FDP), Reimann (CDU), Rabanus (SPD), Reineke-Westphal (GRÜNE), Beuth (CDU), Linke-Diefenbach (FDP) und Rossow (FWG).

Abg. Mahr (SPD) gibt eine weitere persönliche Erklärung ab. Die Sitzung wird sodann von 18.40 bis 18.55 Uhr unterbrochen.

Vor Aufruf der Einzelanträge gibt KTV Willsch noch einige geschäftsleitende Hinweis und bittet das Haus, auf eventuell noch abzustimmende Anträge hinzuweisen.

Der AfD-Antrag zum Naturpark (**Anlage 4**) wird bei

6 JA-Stimmen und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der SPD-Antrag, Hallennutzungsgebühren, (**Anlage 5**) wird

einstimmig

beschlossen.

Der SPD-Antrag, Energieeinsparung an Schulen (**Anlage 6**) wird bei

44 JA-Stimmen und
13 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Der GRÜNEN-Antrag, Masterplan Energie, (**Anlage 7**) wird bei

23 JA-Stimmen und
34 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der GRÜNEN-Antrag, Forum Erneuerbare Energien, (**Anlage 8**) wird bei

23 JA-Stimmen und
34 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der GRÜNEN-Antrag, Klimaschutzmanager/in, (**Anlage 9**) wird bei

23 JA-Stimmen und
34 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der GRÜNEN-Antrag, Bündnis für Familien, (Anlage 10) wird bei

23 JA-Stimmen und
34 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der GRÜNEN-Antrag, Tagesmütter, (**Anlage 11**) wird bei

23 JA-Stimmen und
33 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Zu den Anträgen der LINKEN (**Anlage 12**) beantragt der Abg. Pörtner (LINKE) getrennte Abstimmung.

Punkt 1 wird bei

2 JA-Stimmen
34 NEIN-Stimmen und
21 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Punkt 2 wird bei

8 JA-Stimmen
34 NEIN-Stimmen und
15 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Punkt 3 wird bei

2 JA-Stimmen
38 NEIN-Stimmen und
17 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Punkt 4 wird bei

2 JA-Stimmen
34 NEIN-Stimmen und
21 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

KTV Willsch ruft die FDP-Anträge zur Abstimmung auf. Der FDP-Antrag Rheinbrücke (**Anlage 13**) wird bei

34 JA-Stimmen und
23 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Die FDP-Anträge zum Haushalt, S. 418 (**Anlage 14**) werden getrennt abgestimmt. Pos. 15 wird bei

34 JA-Stimmen und
23 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Pos. 20 wird bei

27 JA-Stimmen und
30 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der FDP-Antrag Wirtschaftsförderung (**Anlage 15**) wird bei

27 JA-Stimmen und
22 NEIN-Stimmen und
6 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Der SPD-Antrag, Stelle für Sozialplanung, (**Anlage 16**), TOP III. 16 der Tagesordnung, wird bei

21 JA-Stimmen
34 NEIN-Stimmen und
2 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der SPD-Antrag, EDV-Ausstattung, (**Anlage 17**), TOP III. 8 der Tagesordnung, wird durch den Abg. Mahr (SPD) insofern geändert, dass die Mittel (50.000.- €) als Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Antrag wird bei

23 JA-Stimmen
34 NEIN-Stimmen und
mehrheitlich

abgelehnt.

Der FDP-Antrag Schulträgeraufgaben (**Anlage 18**) wird bei

25 JA-Stimmen und
23 NEIN-Stimmen und
9 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Der FDP-Antrag zum Vorbericht Kassenkredite (**Anlage 19**) wird bei

33 JA-Stimmen und
23 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

beschlossen.

Der FDP-Antrag Sperrvermerk Aartalbahn, 1 + 2, (**Anlage 20**) wird bei

14 JA-Stimmen
43 NEIN-Stimmen und
mehrheitlich

abgelehnt.

Der FWG-Berichts Antrag zum Haushalt (**Anlage 21**) wird bei

48 JA-Stimmen und
2 NEIN-Stimmen und
7 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Der FWG-Antrag Streichung Stelle 1. KB (**Anlage 22**) wird bei

12 JA-Stimmen
27 NEIN-Stimmen und
18 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der CDU-Antrag zum Haushalt, 1 – 4 wird en bloc abgestimmt. Der Antrag wird bei

31 JA-Stimmen und
13 NEIN-Stimmen und
13 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

KTV Willsch ruft sodann die Änderungsliste der Verwaltung in der Fassung der HFA-Beratung vom 03.02.2017 mit der Ergänzung zum Investitionsprogramm vom 07.02.2017 (**Anlage 24**) zu Abstimmung. Die Liste wird bei

45 JA-Stimmen und
9 NEIN-Stimmen und
3 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Auf Nachfrage teilt Landrat Albers sodann mit, dass nach Berechnungen der Kämmerei die in der Sitzung des Kreistages beschlossenen Veränderungen des Haushaltsentwurfes zu einem Fehlbedarf von 8.820.- € führen. Landrat Albers schlägt deshalb eine Reduzierung des Ansatzes auf Seite 466, Pos. 27, Zinsen für Kassenkredite von 600.000.- € auf 590.000.- € vor. Der Vorschlag wird bei

8 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Alle durch den Kreistag beschlossenen Veränderungen sind abschließend in der **Anlage 25 der Niederschrift** aufgeführt.

Die Sitzung wird von 19.25 bis 19.35 Uhr unterbrochen. KTV Willsch eröffnet die Sitzung erneut und ruft die Schlussabstimmungen auf. Abg. Mahr (SPD) gibt eine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion ab.

KTV Willsch ruft sodann den Ergebnishaushalt in der Fassung des Beratungsergebnisses der KT-Sitzung (**siehe neue Änderungsliste, Anlage 25**) zur Abstimmung auf. Dieser wird bei

25 JA-Stimmen
17 NEIN-Stimmen und
15 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Der Finanzhaushalt wird bei

25 JA-Stimmen
17 NEIN-Stimmen und
15 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Der Stellenplan wird bei

31 JA-Stimmen
11 NEIN-Stimmen und
15 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Die Ergebnis- und Finanzplanung wird einschließlich dem Investitionsprogramm 2016 – 2020 bei

28 JA-Stimmen
11 NEIN-Stimmen und
18 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Das Konsolidierungskonzept wird bei

36 JA-Stimmen
5 NEIN-Stimmen und
16 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Die Haushaltssatzung wird bei

25 JA-Stimmen
14 NEIN-Stimmen und
18 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Der Gesamthaushalt wird abschließend bei

25 JA-Stimmen
17 NEIN-Stimmen und
15 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der vom Kreisausschuss festgestellte Entwurf der Haushaltssatzung 2017 mit Haushaltsplan wird in der Fassung des Beratungsergebnisses der Kreistagssitzung am 07.02.2017 gem. § 97 Abs. 3 HGO beschlossen.
2. Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2016-2020 wird in der Fassung des Beratungsergebnisses der Kreistagssitzung am 07.02.2017 gem. § 101 Abs. 3 HGO beschlossen.
3. Das Haushaltssicherungskonzept wird in der Fassung des Beratungsergebnisses der Kreistagssitzung am 07.02.2017 gem. § 92 Abs. 5 HGO beschlossen.

TOP III. 8	DS X/219	Konzept zur besseren EDV-Ausstattung der Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis, KT-Beschluss vom 07.03.2001 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zu den Haushaltsberatungen 2016 HFA-Beschluss vom 05.02.2016
------------	----------	--

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt bei Beratung von TOP III. 1**

TOP III. 16	DS X/271	Vollzeitstelle für Sozialplanung; hier: Antrag Nr. 02/17 der SPD-Fraktion vom 09.01.2017, eingegangen am 11.01.2017
-------------	----------	---

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt bei Beratung von TOP III. 1**

TOP III. 3	DS X/223	Klimaschutzteilkonzept: Klimaschutz in den eigenen Liegenschaften für den Rheingau-Taunus-Kreis
------------	----------	---

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Hoffmann (FDP) mit Begründung des Ergänzungsantrages (**Anlage 26 der Niederschrift**), Weimann (CDU), Reineke-Westphal (GRÜNE), Schmelzeisen (SPD), Gagel (AfD), Becker (FWG), Stolpp (GRÜNE), Pörtner (LINKE) und Flor (AfD).

KTV Willsch lässt über die Punkte 4 und 5 des Ergänzungsantrages gemeinsam abstimmen. Diese werden bei

6 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Punkt 6 des Ergänzungsantrages wird bei

34 JA-Stimmen und
23 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Die Vorlage wird sodann mit den Ergänzungen bei

10 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 10 Enthaltungen**

Beschluss:

1. Das Klimaschutzteilkonzept: Klimaschutz in den eigenen Liegenschaften des Rheingau-Taunus-Kreises und die dort vorgeschlagenen Maßnahmen zur Umsetzung werden zur Kenntnis genommen.
2. Gemäß dem Beschluss des Kreisausschusses vom 07.12.2015 hat die EDZ GmbH als Grundlage des Energiemanagements in den eigenen Liegenschaften die im Rahmen des Klimaschutzteilkonzeptes erhobenen Daten in den Folgejahren mit dem geschaffenen EXCEL-basierten „Managementtool für den Klimaschutz“ fortzuschreiben sowie eine Energie- und CO₂-Bilanz und den jährlichen „Klimaschutzbericht zu den Liegenschaften“ (Anhang 1) zu erstellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt:
 - im Rahmen einer „Arbeitsgruppe Klimaschutz“ auf der Grundlage des Controlling-Konzepts (Klimaschutzteilkonzept, Abschnitt 2.3, Seite 32 ff) Zielvereinbarungen als Beschlussempfehlung für die Kreisgremien zu erarbeiten,
 - auf der Basis des Klimaschutzteilkonzeptes in Abstimmung mit der „Arbeitsgruppe Klimaschutz“ kurzfristige Maßnahmen zur energetischen Sanierung von kreiseigenen Liegenschaften zu konkretisieren und vorzuschlagen
 - sowie für die Unterstützung von kurzfristigen Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes entsprechende Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes Hessen konkret aufzuzeigen.
4. Die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe Klimaschutz soll den Kreisgremien erste Vorschläge für energetische Sanierungen spätestens zu den Haushaltsberatungen 2018 vorlegen.
5. Der jährliche Klimaschutzbericht und das Controlling sind so zu gestalten, dass sie knapp und übersichtlich die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Grundbericht darstellen.
6. Die notwendigen Aufgaben sollen von entsprechenden Fachabteilungen und dem EDZ übernommen werden. Von der Einstellung eines Klimaschutzmanagers ist abzusehen.

TOP III. 4	DS X/248	Reaktivierung der Aartalbahn im Rahmen der Citybahn Wiesbaden
-------------------	-----------------	--

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Müller St. (FDP), Lieber (GRÜNE), Rossow (FWG), Lieber (GRÜNE) der vorschlägt, in Punkt 1 des Beschlussvorschlages nach dem Wort „Mainz“ den Rest des Satzes zu streichen und die Abg. Faust (SPD), Müller St. (FDP), Pfeil (LINKE) und Flor (AfD).

KTV Willsch lässt gemäß Vorschlag des Abg. Lieber (GRÜNE) den Beschlussvorschlag in der gekürzten Fassung abstimmen. Dieser wird bei

53 JA-Stimmen
und 4 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis begrüßt und unterstützt das Projekt „City-Bahn Bad Schwalbach - Wiesbaden – Mainz“.
2. Der Kreisausschuss wird damit beauftragt, Verhandlungen zum Beitritt des Rheingau-Taunus-Kreises als Gesellschafter zu einer noch zu gründenden „City-Bahn-Planungsgesellschaft“ zu führen.

TOP III. 2	DS X/181	4. Satzung des Integrationsbeirates
-------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen durch den Landrat**

TOP III. 7	DS X/202	Resolution zur Wahrung des Elternrechts gem. Art. 6 GG; hier: Antrag 20/16 der AfD-Fraktion vom 22.10.2016, eingegangen am 24.10.2016
-------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 9	DS X/230	Nachhaltige Beschaffung in der öffentlichen Verwaltung; hier: Antrag Nr. 23/16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.11.2016, eingegangen am 09.11.2016
-------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 10	DS X/231	Schaffung von zusätzlichen Sozialwohnungen; hier: Antrag Nr. 24/16 der Fraktion Die LINKE vom 09.11.2016
--------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 11	DS X/232	Ortliche oder regionale Integrationsbeiräte einrichten; hier: Antrag Nr. 25/16 der Fraktion Die LINKE vom 09.11.2016
--------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 12	DS X/236	DITIB-Moschee; hier Dringlichkeitsantrag Nr. 26/16 der AfD-Fraktion vom 18.11.2016, eingegangen am 21.11.2016
--------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 13	DS X/237	Livestream des Kreistages; hier: Antrag Nr. 27/16 der AfD-Fraktion vom 18.11.2016, eingegangen am 21.11.2016
--------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt bis zur Sommerpause 2018**

TOP III. 14	DS X/238	2,5 Prozenzhürde; hier: Antrag Nr. 28/16 der AfD-Fraktion vom 18.11.2016, eingegangen am 21.11.2016
--------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **vertagt mit Änderungsantrag (Anlage 27 der Niederschrift)**

TOP III. 15	DS X/270	Einrichtung von 24h-Kitas über Förderprogramm „Kita Plus“; hier: Antrag Nr. 01/17 der SPD-Fraktion vom 09.01.2017, eingegangen am 11.01.2017
------------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 17	DS X/273	Umsetzung der Klimaschutzziele der Hessischen Landesregierung im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 03/17 der GRÜNEN-Fraktion vom 10.01.2017, eingegangen am 11.01.2017
------------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP II. 1	DS X/227	Flüchtlinge im Rheingau-Taunus-Kreis; hier Stellungnahme zum Berichtsantrag Nr. 11/16 der FDP-Fraktion vom 07.09.2016
------------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP II. 6	DS X/253	Berichtsantrag Nr. 13/16 Massive Fahrausfälle im Busverkehr des RTV (RMV) bei den Linien 271 und 272; hier: Stellungnahme der Verwaltung
------------------	-----------------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Bad Schwalbach, 13. Februar 2017

(Klaus-Peter Willsch)
Kreistagsvorsitzender

(Rubel)
Schriftführer